

Diyar Agu

Bewerbung für Platz 6 der Landesliste NRW für die Bundestagswahl 2017

17 Jahre

Direktkandidat Wahlkreis 99 Oberberg



„Vor allem bewahrt Euch stets die Fähigkeit, jede Ungerechtigkeit, die irgendwo auf der Welt begangen wird, aufs tiefste zu empfinden. Das ist der schönste Charakterzug eines Revolutionärs.“ - Ernesto Che Guevara

Liebe Genossinnen und Genossen,

als Sohn kurdischer Einwanderer war ich stets mit Repressionsmaßnahmen einer hegemonialen und dominierenden Herrschaftsklasse, voller nationalistischer Züge, konfrontiert. Inzwischen sind die Unterdrückungs- und Einschüchterungsversuche des türkischen Staates, unter Duldung der deutschen Regierung, bis in die Bundesrepublik Deutschland zu spüren. Ungerechtigkeit am eigenen Leib zu erfahren, aber auch jede andere Ungerechtigkeit weltweit, die ich mitansehen musste, hat in mir den Ehrgeiz geweckt, mich im jungen Alter zu engagieren und für eine gerechte Welt zu kämpfen.

Ich glaube an eine bessere Welt und an ein besseres Europa. Das Streben nach einer gerechten Wirtschafts- und Außenpolitik bleibt ein zentrales Anliegen der LINKEN. Seit Jahren betreibt unsere Regierung eine Politik der sozialen Spaltung. Mit Milliardengeschenken und Zugeständnissen an die Finanz- und Wirtschaftslobby nimmt die Große Koalition die Verelendung der sozialen Infrastruktur, der Bürgerinnen und Bürger, aber auch Europas billigend in Kauf.

Europäische Austeritätspolitik zerschlagen!

Jeglicher demokratischer Kontrolle entflohen, betreibt die Europäische Zentralbank mit ihrer aktuell ökonomisch fatalen Euro-Zinspolitik ein Massengrab für Sparerinnen und Sparer. Unsere Regierung ist, in Zeiten einer fragilen Finanz- und Austeritätspolitik innerhalb Europas, die den Süden in ihrer aussichtslosen Lage im Stich lässt, mitverantwortlich für wirtschaftliche Rezession und massive Arbeitslosigkeit in vielen Teilen der EU. Statt durch großangelegte öffentliche Investitionsprogramme, angesichts der aktuellen Nullzinsen, in Deutschland, aber auch in Griechenland, Spanien und Portugal, gegen Armut und Stagnation, in unsere Zukunft zu investieren, setzt Schäuble sich für ein klares Nichthandeln ein. Die versprochene Rettung bleibt aus, die Frustration hingegen steigt. Die EU hat sich schon zum Geldmultiplikator einiger großer Banken und Konzerne entwickelt. Der erhoffte Wohlstand für alle ist nur ein Schein. DIE LINKE muss sich dafür einsetzen, die völlig ausgeartete Geldpolitik Draghis unter demokratische Kontrolle zu bringen, den Vertrag von Maastricht neu zu definieren und einen fairen Handel innerhalb Europas, ohne große Exportüberschüsse Deutschlands, zu schaffen.

Wirtschaft demokratisieren, Menschen vor Profitinteressen stellen

Deutschlands Exportpolitik beruht nicht zuletzt darauf, dass in der Handelsbilanz der Import so schwach ist. Ohne höhere Löhne kann die Binnennachfrage nicht gestärkt werden. Angesichts der Entwicklungen in den USA, Großbritannien und China wird das Nichthandeln unserer Regierung, spätestens dann, wenn der Einbruch der Exportnachfrage nicht durch eine gestärkte Binnenwirtschaft kompensiert werden kann, in Zukunft schwere wirtschaftliche Zustände hervorrufen, die vor allem zulasten der ärmeren Hälfte der Bevölkerung gehen wird.

Wir brauchen ein neues Europa, das sich mit Russland zusammen für Frieden in der Region und weltweit einsetzt, aber auch den Menschen Hoffnung auf ein besseres Leben schenkt. DIE LINKE fordert, über alle

Grenzen hinweg, Wohlstand für alle. Nur gemeinsam als europäische Einheit sind wir stark genug, um uns gegen Krieg und Ausbeutung zu stellen.

Armut grenzt nicht nur aus, sondern ist zugleich eines der größten Hemmnisse für wirtschaftliche Entwicklung. Die soziale Ungleichheit hat in den letzten 25 Jahren das Wirtschaftswachstum um einen Wert von 50 Milliarden geschädigt. Wir brauchen eine neue Steuer- und Finanzpolitik, mit einer angemessenen Vermögenssteuer, die keine Geschenke mehr an Vermögende, Spekulanten und Großaktionäre macht. Die zügellose Spekulation am Aktienmarkt muss eingedämmt und die Nahrungsmittelspekulation komplett verboten werden. Der pervertierte Handel mit Leben und Tod muss ein Ende haben. Wir brauchen eine junge Alternative gegen den Sozialabbau, die europäische Kürzungspolitik der Bundesregierung, gegen den neu zu entfachenden Ost-West-Konflikt und gegen die aktuellen Rechtsentwicklungen quer durch die Gesellschaft.

Nein zur Festung Europas!

Die europäische Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge und Asylsuchende, die in den letzten Jahren maßgeblich von den bundesdeutschen Regierungen bestimmt worden ist, wandelt unsere europäischen Werte und Freiheiten nach und nach in eine Festung des Todes. Statt aktiv gegen oktroyierte Freihandelsabkommen mit afrikanischen Staaten, die die Bewohner der ärmsten Regionen bis an ihre letzten Kleider und Schuhe hin zur Flucht drängt, und gegen deutsche Waffenexporte zu stehen, wird eine Politik betrieben, die das Leid der Menschen vervielfacht. In Europa erstarken immer mehr rechtsextreme Bürgerbewegungen und Massenparteien, die nicht zuletzt ihren Kern in der sozialen Spaltung einer misslungenen Wirtschaftsordnung und in der undemokratischen Führung der EU findet. Ohne als Entschuldigung angesehen zu werden, müssen die zahlreichen Gewaltverbrechen gegen Asylsuchende, auch in Deutschland, wo AfD und Co in dramatischer und alarmierender Weise die bürgerliche Mitte aufmischen, mit entschiedener Härte bekämpft werden. Das kapitalistische System zeigt seine ökonomische und gesellschaftliche Anfälligkeit für Rassismus und Imperialismus.

Statt Kriegen! Internationaler Verantwortung als Friedensvermittler gerecht werden

Kriege müssen immer in einem sich schließenden ökonomischen Zusammenhang gesehen werden. Unsere Regierung beteiligt sich inzwischen an internationalen Ressourcenkriegen, ob in Syrien oder Afghanistan. Deutschland muss seiner historischen Verantwortung in der internationalen Politik gerecht werden und als vermittelnde Rolle sich konsequent gegen Krieg, Aufrüstung, Atomwaffen und Rüstungsexporte stellen. Nur gemeinsam in europäischen und internationalen Zusammenschlüssen können Veränderungen erzielt werden.

Ich will mich als junge Alternative im Bundestag dafür einsetzen, dass die Wirtschaft demokratisiert, die EU neu definiert wird, internationale und menschenwürdige Standards für einen fairen und gerechten Handel errungen und durchgesetzt werden und statt sich an Kriegseinsätzen zu beteiligen, der Frieden sichergestellt wird. Mein politischer Ansporn besteht darin, den Menschen, die bisher am meisten unter direkter oder auch struktureller Gewalt leiden mussten, Hoffnung auf ein besseres Leben zu schenken. Ich will weltweit für alle, die sich nicht selbst verteidigen können, eine Stimme sein und für Sie kämpfen.

Zur Person:

- geboren 1999 in Gummersbach
- 2015 Eintritt in DIE LINKE
- Seit 2016 Sprecher des Ortsverbandes DIE LINKE. Gummersbach
- Ersatzdelegierter für den Bundesparteitag
- Abitur voraussichtlich Juli 2017
- Direktkandidat zur Bundestagswahl 2017 für den Wahlkreis 99 Oberberg

Kontakt: diyar.agu@dielinkeoberberg.de